Demokratische Herausforderung und Weltkapitalismus : Demokratie-Konzepte aus der Sicht der Dritten Welt

Autor(en): **Amin, Samir**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **12 (1992)**

Heft 24

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652084

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Samir Amin

Demokratische Herausforderung und Weltkapitalismus

Demokratie-Konzepte aus der Sicht der Dritten Welt*

Seit einigen Jahren zeichnet sich in allen Regionen der Welt eine Bewegung für die Demokratisierung der politischen Regimes ab, deren Ausmass wahrscheinlich ihren letzten Endes unumkehrbaren Charakter anzeigt und die gewiss zu begrüssen ist. In den Ländern des Ostens hat diese Bewegung begonnen, sich gegenüber den Mächten durchzusetzen, und diese müssen mit ihr rechnen, sich auf ihre Forderungen einstellen oder untergehen. In den kapitalistischen Ländern der Dritten Welt hat die demokratische Forderung generell nicht diesselbe Massendimension erreicht; sie ist oft noch auf die Mittelklassen und auf einige Teile der organisierten städtischen Gesellschaft, z.B. die Gewerkschaften, begrenzt. Aber selbst in diesem beschränkten Massstab markiert die Bewegung einen qualitativen Sprung im Vordringen des demokratischen Bewusstseins. Doch diese demokratische Bewegung ist zeitgleich mit der Generaloffensive für die Freisetzung der "Kräfte des Marktes" aufgetreten, die mit der Rehabilitierung der ideologischen Themen: der absoluten Überlegenheit des Privateigentums, der Rechtfertigung der sozialen Ungleichheit, des allseitigen Anti-Etatismus usw. einherkommt. Das zeitliche Zusammenfallen dieser beiden Bewegungen macht unsere Epoche zu einem Moment starker Konfusion. Die vorherrschenden Glockenschläge, die systematisch alle für sie misstönenden Stimmen überdröhnen und von einer bisher beispiellosen Medienkampagne begleitet werden, kommen von einer simplen, einseitigen, undifferenzierten und als selbstverständlich angesehenen Bejahung her: Die Demokratisierung gilt als notwendiges und natürliches Produkt der Unterwerfung unter die Rationalität des globalisierten Marktes.

In diesem Fall ist das angepriesene Demokratie-Konzept, wie schon gesagt, noch durch eine evolutionistische Sicht geschmälert, die die Rolle der revolutionären Prozesse in der Gesellschaft leugnet. Die Revolutionen, so sagt man gern in den von der aktuellen Mode dominierten Strömungen, haben nie Gutes gebracht: viel unnütze Gewaltanwendung, um schliesslich zu etwas zu gelangen, das man ohnehin erreicht hätte, wenn man die (dunklen) Kräfte der Evolution allein hätte wirken lassen. Die Praxis dieser Demokratie, die die (zutiefst ungerechte) soziale Ordnung stabilisiert, soll also das "Ende der Geschichte" (!) bedeuten. Es handelt sich dabei um eine ahistorische Sicht, die den qualitativen Bruch, der die Negation der Dominanz der stammesgesellschaftlichen Metaphysik repräsentiert hat, ebenso leugnet wie die Rolle der Arbeiterbewegung, die nicht nur schrittweise die politische Demokratie ohne Zensus durchsetzt, sondern auch wichtige soziale Rechte errungen hat. Im Westen zeigt die mögliche Errichtung einer

Hegemonie der Welt der Lohnarbeit, die ich weiter oben diskutiert habe, dass der Kampf für die Vertiefung der Demokratie längst nicht beendet ist. Er hat noch nicht einmal richtig begonnen!

In unserer Sicht sind die gegenwärtige Welt und die Zukunftsvision ihrer Veränderung Resultate der drei grossen (und einzigen) modernen Revolutionen: der französischen, der russischen und der chinesischen. Mit Wallerstein messe ich dem Bruch, der mit der französischen Revolution einsetzt, qualitative Bedeutung bei (1). Denn dieser Bruch setzt ein System weltlicher Rechtfertigung der politischen und sozialen Aktion an die Stelle der alten religiösen Rechtfertigung seitens der, wie ich sie genannt habe, tributären Ideologien (2). Sie gibt damit den Auftakt zu den späteren Evolutionen der bürgerlichen Demokratie wie auch des Sozialismus. Die Losung der Pariser Kommune von 1871 ("... kein Gott, kein Kaiser noch Tribun ...") ist kein Zufall; sie folgt als Steigerung aus der von 1789 ("Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit"). Die Betonung dieses ideologischen Aspekts der französischen Revolution stellt die Begriffe "bürgerliche Revolution" und "bürgerliche Demokratie" selbst in Frage (...).

*

Die konventionelle Sozialtheorie, die uns zur Erklärung des Fehlens von Demokratie in der Dritten Welt angeboten wird, ist ein hoffnungslos leeres Wiederkäuen. In ihren aufeinanderfolgenden Verkleidungen, die die tonangebenden Moden der intellektuellen Produktion unserer Epoche nötig machen, formulieren diese Theorien immer wieder das Paradigma der "Modernisierung": Die Gesellschaften der Dritten Welt seien "halb traditionell, halb modern" (in Entwicklung begriffen = in Modernisierung begriffen) und behielten daher aus der Tradition das autokratische Konzept der Macht, seien aber berufen, sich schrittweise in dem Masse zu demokratisieren, wie sie ihren ökonomischen Rückstand "aufholen". Auf diesem Gebiet wie auf allen anderen wird der kapitalistische Weg als der einzige angesehen, und er soll obendrein die Demokratisierung produzieren.

Diese These, die zeitweilig hinter den Erfolgen des "Dritte-Welt-Denkens" der 60er Jahre bei den Westlern zurücktrat, fand ihre jüngste Neuauflage in einer weberianischen Formulierung (3). Max Weber unterschied bekanntlich zwischen dem angeblich traditionellen, personalisierten und den Rechtsbegriff scheuenden "patrimonialen" Machttyp und dem neuzeitlichen, unpersönlichen und auf den Rechtsbegriff gegründeten "bürokratischen" Machttyp. Webers These ist, offen gesagt, insofern sehr deutsch, als sie bestimmte auffallende Merkmale der Geschichte dieses Landes unzulässig auf die Geschichte der gesamten Menschheit überträgt. Denn die Macht war in den vorkapitalistischen Gesellschaften in der Regel weder personalisiert noch rechtsunkundig (4). (...)

Die Schüler Webers (R.Sandbrook) haben versucht, diese ohnehin sehr anfechtbare historische These anzuwenden, um die Spezifitäten der Macht

im gegenwärtigen Schwarzafrika zu erklären, wo tatsächlich die Personalisierung und die Rechtsverachtung eine grosse Anzahl von postkolonialen Regimes zu kennzeichnen scheinen. Sie schreiben diese Merkmale daher einfach der afrikanischen "Tradition" zu.

Aber ist die These der "patrimonialen Macht" für das vorkoloniale Afrika gültig? Zwar besitzt dieses bestimmte Ähnlichkeiten mit dem feudalen Europa. Denn das vorkoloniale Afrika ist vor-tributär, noch weitgehend in dem Stadium, das ich kommunitär genannt habe (5); das feudale Europa bewahrt noch kommunitäre Formen barbarischen Ursprungs, die seinem tributären System eben den primitiven und peripheren Charakter geben. Diese Analogie äussert sich dann in der Bedeutung der Gewohnheitsrechte in beiden Fällen und im Fehlen eines bürokratischen Staatsrechts. Mit dem Unterschied jedoch, dass das Modell der Kirche in Europa die metaphysische Dominanz bestätigt, die dieses Stadium definiert. In Afrika hingegen dominiert die Ideologie der Verwandtschaft, die zum kommunitären Stadium gehört, immer noch die Systeme der Rechtfertigung der Macht. Nun ergibt diese Ideologie tatsächlich den Anschein einer personalisierten Macht. Aber sie ist weit weniger persönlich, als es scheint, weil sie im Rahmen eines Gewohnheitsrechts operieren muss, das eine solide Schranke gegen eventuelle Verirrungen der "Häuptlinge" errichtet.

Wie man im weiteren sehen wird, haben die gegenwärtigen politischen Mächte in Afrika nicht viel mit diesem angeblichen Erbe gemein, das seit langem ruiniert ist, und zwar namentlich durch den Sklavenhandel. Wie man ebenfalls sehen wird, hat die Frage nach dem eventuellen Charisma der Führer hier ebensowenig wie anderswo "traditionelle" Wurzeln. Es handelt sich um eine moderne Erscheinung, auf die zurückzukommen ist.

Die neoweberianische These ist nicht die einzige Ausdrucksform des umfassenderen Paradigmas der Modernisierung. Jeder erinnert sich an den lateinamerikanischen "Desarollismo" der 50er und 60er Jahre, der davon ausging, dass die Industrialisierung und die Modernisierung bürgerlichen Stils im Rahmen einer verstärkten Integration in das Weltsystem von selbst eine demokratische Evolution nach sich ziehen würden. Die "Diktatur" wurde als Überrest einer angeblich vorkapitalistischen Vergangenheit angesehen. Die Tatsachen haben das Irrige dieser naiven Überlegungen demonstriert. Die Industrialisierung und Modernisierung im Rahmen dieses bürgerlichen Projekts haben nur die "Modernisierung der Diktatur" die Ersetzung der alten oligarchischen und patriarchalischen Systeme durch eine "effiziente" und "moderne" faschistoide Gewalt produziert. Das konnte nicht anders sein, weil diese periphere Entwicklung die Verschärfung der sozialen Ungleichheiten einschliesst, nicht aber ihre Verringerung.

*

Das Fehlen der Demokratie an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems ist eine Konstante, die nicht Überrest der früheren Epochen, sondern,

wie schon gesagt, notwendiges Produkt der polarisierenden Expansion des real existierenden Kapitalismus ist. Der Hauptteil der Reservearmee des Kapitals ist geographisch in den Peripherien des Systems lokalisiert. Diese Reservearmee besteht zwar aus einer eindrucksvoll gewordenen Masse städtischer Arbeitsloser und Halb-Arbeitsloser (ein Vielfaches der Arbeitslosenzahl, die der Westen selbst in Krisenzeiten hat), aber auch aus grossen Teilen der Masse der nicht lohnabhängigen Arbeitenden, die mit dem Fortschritt auf ihren Tätigkeiten von ihrem Land oder aus ihren sogenannten "informellen" städtischen Beschäftigungen verdrängt werden. Die - stets sehr partielle - Integration von Bruchteilen dieser Reservearmee in die aktive Armee geschieht teils im Inland durch die "Halb-Industrialisierung", die die echten Peripherien von heute und morgen kennzeichnet, teils durch die internationale Migration nach den Zentren. Aber diese Migration ist immer begrenzt, u.a. durch die Beschäftigungsstrategien der Zentren, und berührt höchstens einen winzigen Teil der weltweiten Reserve. Der "Liberalismus", der nie beabsichtigt hat, sein Liberalisierungs-Programm für den Austausch und für die Kapitalbewegungen durch die uneingeschränkte Öffnung für die Migration von Arbeitskräften zu ergänzen, ist schon deswegen ein Etiketten-Schwindel.

Wie ich schon sagte, ist daher die Instabilität die Regel im politischen Leben der Peripherien. Vor einem Hintergrund gewaltsamer Diktaturen, die den Erfordernissen der weltweiten Expansion des Kapitals entsprechen, zeichnen sich von Zeit zu Zeit Explosionen ab, die diese Diktaturen in Frage stellen. Es kommt dabei zu, wie ich sage, "populistischen" Antworten, die sich wirklich mit bestimmten Aspekten des sozialen Problems auseinandersetzen und eine Entwicklungsstrategie vorsehen, die die tragischsten Konsequenzen der Peripherisierung abschwächen kann. Die (weitgehend etatistische) Industrialisierung, die Nationalisierung der vom Auslandskapital dominierten Sektoren, die Agrarreformen, zuweilen beachtliche Anstrengungen auf dem Gebiet der Bildung und der Gesundheit sowie einige soziale Rechte, die den Arbeitsplatz mehr oder minder sichern, gehören zum Plussaldo dieser Regimes. Aber sie haben auch ihre historischen Grenzen: Zum einen geraten sie zwar in Konflikt mit dem dominierenden Imperialismus (ganz einfach, weil jede Politik sozialen Fortschritts an der Peripherie mit den Erfordernissen der mundialisierten Expansion des Kapitals unvereinbar ist), sind aber nicht fähig, bis zum logischen Abschluss dieses Konflikts zu gehen, zur Entkoppelung; zum anderen sind diese Regimes nicht demokratisch. Populär, von den "Massen" unterstützt, wie man sagt, sind sie oft gewesen. Aber diese Masse wird im gestaltlosen, passiven Zustand gehalten; sie wird "mobilisiert", um zu "unterstützen", darf sich aber nicht als von der Macht unabhängige Kraft organisieren. Von einer wohlbekannten, durch schwache Kristallisation der sozialen Klassen gekennzeichneten sozialen Situation hervorgebracht, leiten diese Regimes die national-populare Transformation ein, ohne sie weit genug führen zu können. Der charismatische Führer ist dabei eine oft in populistischen Regi-

mes auftretende Figur. Die inneren Schwächen des populistischen Systems haben im Verein mit der auswärtigen Aggression seinen Sturz zur Folge, wonach meist die Diktatur wiederkehrt.

Es gibt jedoch Intermezzi zwischen den rechten Diktaturen und/oder den popular-populistischen Momenten, in denen zuweilen eine "kleine Demokratie" auftritt. Darunter verstehen sich Regimes, die das Wahl-Prinzip, das Mehrparteiensystem und einen gewissen Grad an Meinungsfreiheit anerkennen, sich aber hüten, die sozialen Grundprobleme aufzugreifen und/oder die Abhängigkeits- und Unterordnungsbeziehungen zum Weltsystem in Frage zu stellen. Die Skala dieser Situation ist ziemlich breit, sie reicht von reinen Schein-"Demokratien", wo sich die Macht - meist durch Wahlfälschung - die Mittel vorbehält, um im Sattel zu bleiben, bis zu Regimes, die den eventuellen Wahlausgang stärker akzeptieren.

Diese "Demokratien" sind kaum mehr als der Ausdruck der Krise des normal-despotischen Systems des Kapitalismus. Lateinamerika, Korea, die Philippinen, demnächst vielleicht andere bieten Beispiele für Widersprüche, die von diesen Regimes nicht gelöst werden. Denn das Entwicklungsprojekt der Diktaturen, denen diese Regimes nachfolgen, hat nicht die angezielten Ergebnisse gebracht: Die Krise hat gezeigt, wie zerbrechlich die Konstruktion und wie unmöglich die "Unabhängigkeit" war, die für manche die Diktatur rechtfertigte. Aber stehen die demokratischen Regimes, die unter diesen Bedingungen ans Ruder gekommen sind, nicht vor einem furchtbaren Dilemma? Denn es kann nur eines von beiden geschehen: Entweder akzeptiert das demokratische politische System die Unterordnung unter die Erfordernisse der weltweiten "Anpassung"; dann darf es sich keine bedeutende soziale Reform vornehmen, und die Demokratie gerät bald ihrerseits in die Krise. Oder die Volkskräfte nutzen die Mittel der Demokratie, um diese Reformen durchzusetzen, dann gerät das System in Konflikt mit dem dominierenden Weltkapitalismus und wird vom national-bürgerlichen Projekt zu einem national-popularen übergehen müssen. Das Dilemma Brasiliens und der Philippinen liegt durchweg in diesem Konflikt. In Argentinien hat man schon gesehen, wie die Wähler, der Ohnmacht der Demokratie Präsident Alfonsíns überdrüssig, von selbst zu den populistischen (dem Genuss zugewandten) Kyrenaikern zurückkehrten, die diesmal obendrein faschistisch angehaucht waren und ganz dem auswärtigen Diktat folgten!

In den Regionen der Peripherie, die von der kapitalistischen Expansion am elendesten behandelt wurden, ist die Situation noch hoffnungsloser, und wie schon gesagt, ist der "normale" Machttyp hier das "Modell Tontons Macoutes" (Haiti). Die These der "patrimonialen" Macht, die wir weiter oben kritisiert haben, war übrigens mit Bezug auf die afrikanischen Regimes formuliert. Und tatsächlich entsprechen sie dem Anschein nach der Beschreibung dieses Regimetyps: extrem personalisiert (vom Staatschef bis zum kleinen Administrator und Dorfdespoten), bekunden sie totale Nichtachtung jeder Vorstellung von Legalität und Recht (einschliesslich

der sakrosankten bürgerlichen Eigentumsrechte), ganz zu schweigen von der Verletzung der Grundrechte der menschlichen Person und von der allgemeinen Korruption. Es lag sehr nahe, wieder einmal der afrikanischen Tradition dieses angebliche "Erbe" anzulasten. Ein Schuss Rassismus ist in dieser feinen Belehrung vielleicht unterschwellig wirksam. In der Tat ist nicht dieses Erbe verantwortlich für die Entwicklung des "Zur-Vierten-Welt-Werdens" (quart-mondialisation), vielmehr zieht letztere diesen Machttyp nach sich. Denn die fragliche Macht ist ebensowenig "authentisch" wie der gleichnamige Schwindel, der zur ideologischen Rechtfertigung ihrer Praktiken herangezogen wird.

Handelt es sich um eine Kleptokratie, wie Ntalaja Nzongola sie genannt hat (6)? Steht sie damit dem Racket und der Mafia näher als dem ganzen traditionellen Häuptlingswesen, das sich an die Gewohnheitsrechte gehalten hat? Jedenfalls handelt es sich um einen modernen Staat, der auf seine Art vollkommen funktional ist. Wie könnte die Macht unter den Bedingungen des Abgleitens in die Vierte Welt anders funktionieren? Letzteres nimmt dem Staat jede Möglichkeit, seine Legitimität auf irgendeine angehbare Entwicklung zu gründen und eine passende soziale Basis zu finden, um die entsprechende Strategie zum Ziel zu führen. Nicht nur die Bauernschaft, die Arbeiterklasse und die städtischen Randgruppen haben nichts zu erwarten und wissen das; der Bourgeoisie selbst ist jede Aussicht auf eine bedeutsame Entwicklung genommen. Es bleibt dann nur noch die unmittelbare Ausnutzung der Macht als Quelle persönlicher Bereicherung oder ihre mittelbare Ausnützung über den Kanal pseudo-privater Wirtschaftstätigkeiten, deren Einträglichkeit ausschliesslich von den Beziehungen zur Administration abhängt. Terror, Korruption und extreme Personalisierung sind dann für das Funktionieren des Systems selbst notwendig. Das so oft erwähnte Charisma hat seinen Platz nicht hier: Es handelt sich nicht um das Charisma von Führern, die tatsächlich in einem historischen Augenblick echte Popularität errungen haben, wie bei den populistischen Regimes, sondern um ein von den Medien fabriziertes Pseudo-Charisma, auf das die Öffentlichkeit nicht hereinfällt. Nach manchen Erscheinungen zu schliessen, könnte es so aussehen, als ob die soziale Basis dieser Systeme vom Kleinbürgertum gestellt wird, weil grössere Schichten desselben an der Macht teilhaben und aus den Budgets bezahlt werden. Wenn es sich nicht um eine optische Täuschung handelt, zeigt diese Übereinstimmung eine Art Faschisierung dieser sozialen Schicht an, deren Hoffnungen enttäuscht wurden und die sich in Ermangelung einer revolutionären Intelligenz, die eine Alternative formulieren könnte, vor lauter Ohnmacht in die Bewunderung der Macht flüchtet.

*

Die Hauptaufgabe der Fortschrittskräfte an der Peripherie des Systems besteht heute darin, die fehlende demokratische Dimension durchzusetzen,

und zwar nicht, um sie an die Stelle der nationalen und der sozialen Dimension der national-popularen Befreiung zu setzen, sondern um diese zu festigen.

Denn tatsächlich hat das alte Paradigma der nationalen Befreiung die demokratische Dimension, die zur Fortsetzung der national-popularen Vorstösse notwendig war, weitgehend ignoriert. Das demokratische Bewusstsein ist daher wahrscheinlich ein neues Phänomen, denn bisher blieb die demokratische Forderung auf besondere Teile der städtischen Bourgeoisie beschränkt und äusserte sich nur zu einzelnen Zeitpunkten der Radikalisierung antiimperialistischer Kämpfe kraftvoll (eines der besten Beispiele bietet der Fall der ägyptischen Wafd-Partei); ansonsten hielt sich dieses demokratische Bewusstsein in den strikten Grenzen des bürgerlichen Liberalismus. Angesichts dieser vorherrschenden Tendenzen bestimmen sich die popularen und radikalen nationalen Befreiungsbewegungen eher durch einen sozial fortschrittlichen Inhalt als durch die demokratische Überzeugung ihrer Anhänger, trotz des - zuweilen rituellen - Gebrauchs des Ausdrucks "Demokratie" und auch trotz des weiter fortgeschrittenen Bewusstseins bestimmter Teile der Avantgarde. Ich glaube, dass ich die Wirklichkeit nicht karikiere, wenn ich sage, dass der Bauern-Soldat der Befreiungsarmee beim Einzug in Peking 1949 an die Agrarreform dachte, aber den Sinn der Demokratie noch nicht kannte.

Aber was für eine Demokratie braucht man? Gewiss ist es nicht angebracht, das Erbe der westlichen bürgerlichen Demokratie geringzuschätzen: die Einhaltung der Rechte und der Legalität, das Recht auf freie Meinungsäusserung und -vielfalt, die Institutionalisierung der Wahlprozeduren und der Gewaltenteilung, die Organisation von Gegenmächten usw. Aber es ist auch nicht angebracht, dabei stehenzubleiben. Die westliche Demokratie hat keine soziale Dimension.

Die Volks-Demokratie in der Zeit revolutionärer sozialer Transformation (UdSSR der 20er Jahre, maoistisches China usw.) hat uns ebenfalls viel dazu zu sagen, wie die "Partizipation des Volkes" aussehen muss, wenn man diesem oft missbrauchten Ausdruck einen realen Inhalt geben will. Bei den westlich-demokratischen Formen stehenzubleiben, ohne die von der antikapitalistischen Revolte der Peripherie geforderten sozialen Transformationen zu bedenken, heisst sich in ein Zerrbild der bürgerlichen Demokratie einzuschliessen, das deshalb dazu verurteilt ist, dem Volk fremd und folglich extrem verwundbar zu bleiben. Um Wurzeln zu schlagen, muss sich unsere Demokratie von Anfang an in eine Perspektive stellen, die den Kapitalismus überschreitet. Auf diesem Gebiet hier wie auch auf den anderen muss das Gesetz der ungleichen Entwicklung wirksam werden.

Offensichtlich kann der Imperialismus diese Perspektive nicht zulassen. Deshalb legt die Kampagne über die "Demokratie", die die westlichen Mächte inszenieren, die Betonung auf bestimmte Aspekte des Problems und geht über die anderen hinweg. Zum Beispiel setzt sie ein Gleichheitszeichen zwischen Demokratie und politischen Mehrparteiensystem. Entge-

gen dem Diskurs der westlichen Medien über die Demokratie gilt unsere Reflexion der Demokratie im Dienst der nationalen Befreiung und des sozialen Fortschritts (und nicht im Gegensatz zu ihnen oder unter Absehen von ihnen).

Ich behaupte, dass das Thema der "jakobinischen Demokratie", um der französischen Revolution einen Begriff zu entleihen, von erstaunlicher Modernität ist. In jeder der drei grossen Revolutionen der modernen Welt (der französischen, der russischen und der chinesischen) und je in den Momenten ihrer Radikalisierung hat es die Bewegung der Ideen und der sozialen Kräfte vermocht, weit über die Erfordernisse der "historisch objektiv notwendigen" sozialen Transformation hinauszugreifen. So ging die jakobinische Demokratie, wie ich weiter oben sagte, über die Erfordernisse der blossen Einsetzung einer "bürgerlichen Macht" hinaus (7).

Mein Standpunkt liegt gewiss nicht im Trend der "Mode"! Die ist heute darauf hinaus, die Momente revolutionärer Radikalisierung im Namen des "Realismus" abzuwerten. Ebenso orientiert sie sich an Themen aus einer anderen Tradition: jene der "lokalen" Demokratie, die den angelsächsischen Ländern vertraut ist. Die "Dezentralisierung" und die Autonomie einer zersplitterten und segmentierten bürgerlichen Gesellschaft werden in diesem Sinn oft als mögliche realistische Vorstösse angeboten, die potentiell sogar reicher seien als die angebliche Illusion der "etatistischen", vom Volk getragenen Demokratie. Die oft religiös angehauchten Bewegungen, die in diese Richtung gehen, scheinen mir eine Strategie nahezulegen, die zu sehr vom "Anti-Etatismus" beeinflusst ist und daher der realen historischen Herausforderung nicht gerecht wird. Man kann voneinander lernen, und hier ist ein wirklicher Dialog vonnöten. Dabei ist heute schwer zu sagen, ob die sozialen Bewegungen aller Art, die sich an der Peripherie (wie übrigens auch im Zentrum) äussern, die Erwiderung auf jene Herausforderung voranbringen können oder nicht. Manche dieser Bewegungen scheinen uns Sackgassen zu sein. Das gilt für die neu auflebenden religiösen Fundamentalismen oder für das kommunitäre Zurückfallen auf das "Ethnische". Das sind Krisensymptome und nicht Lösungen für die Krise. Nur aus der Enttäuschung heraus entstanden, müssten sie in dem Masse abflauen, wie sie ihre Hilflosigkeit gegenüber der realen Herausforderung demonstrieren. Dieses Urteil entspringt allerdings dem Optimismus, demzufolge die Vernunft Siegerin bleiben muss.

Andere Bewegungen können dagegen ihren Platz in der Rekonstruktion eines Gesellschaftsprojekts finden, das "jenseits des Kapitalismus" die Widersprüche, die der real existierende Kapitalismus nicht überwinden kann, lösen und dabei die Lehren aus den ersten in dieser Richtung unternommenen Schritten ziehen würde. Das ist, so scheint uns, jedesmal der Fall, wenn sich die "neuen Bewegungen" (oder die alten!) nicht ausschliesslich auf das Terrain der "Eroberung der Staatsmacht" begeben, sondern eine andere Konzeption der sozialen Macht haben, die es zu erringen gilt. Denn die Wahl besteht nicht zwischen dem "Kampf um die Macht" und dem

"Kampf um etwas anderes", sondern zwischen den Konzeptionen von der Macht, um die man kämpft. Die Organisationsformen, die sich aufgrund der dominierenden traditionellen Konzeption der Macht (Macht = Staatsmacht) herausgebildet haben, müssen zwangsläufig einen Grossteil ihrer Legitimität in dem Masse verlieren, wie die Völker die Natur dieses konservativen Staates begreifen. Dagegen müssten die Organisationsformen, die die Betonung auf den vielgestaltigen sozialen Inhalt der zu entwickelnden Macht legen, zunehmenden Erfolg haben. In dieser Kategorie könnte sich das Thema der "nicht parteigebunden Politik" (non party politics) als ergiebig erweisen (8).

Dasselbe gilt für den "Anti-Autoritarismus" in Lateinamerika, in dem Pablo Casanova (9) die wichtigste Qualifikation der "neuen" Bewegungen zu sehen meint: Absage an den Autoritarismus im Staat, in der Partei, in der Leadership; Ablehnung der doktrinären Ausdrucksweisen in der Ideologie. Es handelt sich dabei um eine Reaktion auf das ganz schwere Erbe der historischen Herausbildung des Kontinents und gewiss um eine Reaktion, die Fortschritt mit sich bringt. Aber ebenso und aus demselben fundamentalen Grund gehört der Feminismus im Westen wegen seiner Zielsetzung, wenigstens einige Wurzeln des Autokratismus anzugreifen, derselben Logik einer anderen Konzeption der sozialen Macht an. In gewisser Hinsicht steht der Westen an der Spitze neuer Vorstösse zur Befreiung der Gesellschaft. Ob diese Vorstösse Durchbrüche nach dem "Jenseits des Kapitalismus" nach sich ziehen oder ob sie von diesem sozialen System noch "absorbiert" ("vereinnahmt") werden, ist Gegenstand eines neuen Fragens. Wie es scheint, sind wenigstens im Mittelfristigen aus einer zentralen kapitalistischen Position derartige Vorteile zu ziehen, dass die betreffenden Bewegungen nicht die Grundlagen der kapitalistischen Lenkung der Gesellschaft erschüttern werden. Die Zukunft der "neuen Bewegungen" bleibt also ungewiss. Deshalb ist nicht ausgeschlossen, dass sie sich in der jetzigen Krise erschöpfen.

Kann man dennoch objektive Kriterien bestimmen, nach denen sich die Bewegung in dem unumgänglich nötigen national-popularen Sinn voranbringen liesse? Ich glaube, dass man das kann, und ich werde dazu folgende vorläufige Bemerkungen machen:

Erstens: Die erste Aufgabe ist die erneute demokratische Politisierung der Massen. Denn in der Optik der Rückgewinnung der Unabhängigkeit waren die Massen politisiert. Nachdem das Ziel erreicht war, hat der Diskurs, auf den sich die nationale Befreiung gründete, seine Kraft verloren, ist er jetzt erschöpft. Kann die neue Politisierung "nicht parteigebunden" oder sogar "gegen die Parteien", die durch ihre Praxis nach der Unabhängigkeit entwertet sind, stattfinden? Die Frage bleibt offen; dabei hege ich persönlich einiges Misstrauen gegenüber einem gewissen "Paternalismus", der, wie ich finde, im Handeln vieler der in Mode gekommenen "nichtstaatlichen Organisationen" auftritt.

Zweitens: Die erneute demokratische Politisierung des Volkes muss sich auf die Stärkung seiner Fähigkeit zur Selbstorganisation, Selbstentwicklung und Selbstverteidigung gründen. Gewiss impliziert die Zielsetzung der Selbstentwicklung in den Formen der Mitwirkung, der Mitbestimmung und der Leitung durch das Volk einen Konflikt mit dem Staat - einen offenen Konflikt, wenn der Staat neokolonial ist, einen latenten selbst dann, wenn der Staat den national-popularen Weg einschlägt, denn die national-populare Gesellschaft bleibt Schauplatz objektiver Klassenwidersprüche. Könnte man z.B. mit diesen Aktionen die unzutreffend sogenannten "informellen" Beschäftigungen in eine "Volkswirtschaft" transformieren? Unter den jetzigen Bedingungen sind diese Tätigkeiten vollkommen in das kapitalistische Gesamtsystem integriert und erfüllen dort ganz bestimmte Funktionen, z.B. die Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft zum Kostenminimum oder die Bereitstellung billiger Zulieferungen. Sie sind also eine notwendige Stütze der Rentabilität der kapitalistischen Ausbeutung. Es wäre Augenwischerei, wollte man diese Tätigkeiten in eine "Volkswirtschaft" überführen, ohne sich offen mit diesem Interessenkonflikt auseinanderzusetzen.

Drittens: Der hier vorgesehene Aktionstyp führt erneut auf die Frage nach den Beziehungen zwischen der "Bewegung" und den Parteien der historischen Linken und des Populismus, die sich im Kampf für die Unabhängigkeit bzw. gegen das neokoloniale System gebildet haben. Mir erscheint es weder gerecht noch effizient, diese Parteien - ungeachtet ihrer "Fehler" und historischen Schranken - ebenso zu verurteilen wie jene, die die Verantwortung für die neokoloniale Leitung tragen. Zugleich steht erneut die Frage nach den Beziehungen zwischen der "Bewegung" und den neuen Kräften, die sich zu dieser oder jener Zeit mit national-progressiver Perspektive gebildet haben. Ich denke natürlich an die Organisationen progressiver antiimperialistischer Militärs, die mit den Bestrebungen des Volkes übereinstimmende Veränderungen eingeleitet haben, auch wenn das mit Staatsstreichen begann (Ägypten, Libyen, Ghana unter Rawlings, Burkina Faso unter Sankara usw.).

Viertens: Zur Analyse der Strategie der erneuten demokratischen Politisierung des Volkes gehört die Wiederaufnahme von mindestens drei theoretisch bedeutsamen Debatten: a) die Debatte über die Rolle der revolutionären Intelligenz als sozialer Katalysator, der ein konkretes Alternativprojekt ausarbeiten und Kämpfe für seine Verwirklichung organisieren kann; b) die Debatte über den kulturellen Inhalt dieses Projekts - seine meines Erachtens notwendige potentiell universalistische Dimension, seine Beziehungen zum nationalen kulturellen Erbe usw.; c) die Debatte über die langfristige Perspektive: Sozialismus oder Kapitalismus? Obwohl es heute Mode ist, derartigen Debatten jeden Wert abzustreiten, halte ich sie für unentbehrlich. Ich beschränke mich hier darauf, ihren Gegenstand zu bezeichnen; in anderen Schriften habe ich einige Aspekte dieser Debatten diskutiert (10).

Fünftens: Es gibt in unserer Gegenwartsgeschichte bereits einige Ansätze zu Versuchen, in die angegebene Richtung zu gehen. Ich denke hier an den Versuch Burkina Fasos unter Thomas Sankara, aber auch an andere, die von den dominierenden Medien des Westens noch mehr verschrien werden (z.B. den Khaddafismus!). Gewiss haben diese Ansätze bei weitem nicht die Grundfragen des Verhältnisses der Macht zu den Parteien der radikalen Linken, zum Populismus, zu den Militärs usw. geklärt. Dennoch muss man die Debatte über ihre Vorhaben eröffnen.

Sechstens: Ich werde nicht vorschnell eigene Geheimrezepte anstelle des notwendigen demokratischen Dialogs zwischen allen Komponenten der Bewegung vorbringen. Ich möchte nur folgendes nahelegen. Wenn die Polarisierung eine "andere Entwicklung" gebietet, heissen die Glieder der Alternative: Entweder akzepiert man, dass der "Reichtum" (*wealth*) das Rückgrat der förderungswürdigen Bestrebungen ist, oder man setzt stattdessen auf die "Wohlfahrt" (*welfare*). Wie? Indem man zunächst zum alten Vater Marx zurückkehrt, dessen Kritik des Marktes (der marktwirtschaftlichen Entfremdung) bei weitem nicht "überholt" ist, sondern durch die neue Wahrnehmungen der gegenwärtigen Bewegungen wieder an Bedeutung gewinnt.

*

Die politischen Mächte im Westen sind im Prinzip weder für (oder gegen) die Demokratie noch für (oder gegen) den Frieden. Sie bewegt ein dominierendes Anliegen, demzufolge sie sich entscheiden, und das besteht darin, die imperialistische Ordnung zu verewigen, die die Ausbeutung aller Reichtümer des Planeten zu ihrem ausschliesslichen Nutzen und zum Schaden der anderen Völker sichert. Wenn dieser Ordnung eher durch eine "Demokratie" gedient ist, sind sie für sie, sonst scheuen sie sich nicht, die Diktatur, die ihnen genehm ist, zu unterstützen (oder gar zu installieren); solange der Frieden die imperialistische Ordnung nicht gefährdet, sind sie auch für ihn, aber wenn diese Ordnung in Gefahr gerät, optieren sie nötigenfalls für den barbarischsten Krieg. Die Medien wiederum erfüllen in dem Ensemble die wichtige Funktion, diese lagebedingten taktischen Entscheidungen vor den öffentlichen Meinungen zu rechtfertigen. Die politischen Abwechslungen ändern so, wie sie sind, nichts an dieser allgemeinen Linie.

Die Völker der Peripherie, die Opfer dieses fünfhundertjährigen Imperialismus, haben keine andere Wahl, als mit allen Mitteln zu kämpfen, um ihm ein Ende zu setzen. Aber es gibt dabei etwas Neues: Die erfolgreiche Fortsetzung dieser Kämpfe erfordert jetzt ein neues demokratisches Bewusstsein und eine neue demokratische Praxis. Der Westen hat sich ohne sie (oder, genauer gesagt, vor ihr) konstruieren können, und die Nationalstaaten, die ihn konstituieren, wurden per Gewalt geschaffen, ohne dass allzu starke äussere Einmischungen deren Wirksamkeit einschränkten. Die

Nationen der Dritten Welt haben gemeint, ihrerseits wieder diesen Weg einschlagen zu können. Abermals zeigt die Geschichte, dass sie sich nicht wiederholt. Die ersten Siege der nationalen Befreiung haben eine neue Situation erzeugt, in der das Verfolgen dieser Ziele nunmehr eine mächtige Volkseinheit verlangt, die ohne Demokratie nicht vorstellbar ist. Von dieser Demokratie wollen die Mächte des Westens natürlich nicht reden hören, und ihr ideologischer Apparat für die Medienpropaganda wird alles tun, um sie zu bekämpfen. Aber wenn die betreffende Demokratie ein wesentlicher Faktor der Befreiung der Dritten Welt geworden ist, so ist sie deswegen doch kein Ersatz für die anderen notwendigen Faktoren, nämlich die ökonomische und militärische Stärke (dem "pazifistischen" Diskurs über die "Proliferation" zum Trotz, diesem heuchlerischen Diskurs, der hinnehmen lassen soll, dass der Westen sich die Mittel vorbehält, die anderen Völker mit dem Genozid zu bedrohen, ohne selbst in Gefahr zu geraten!); sie ist nur der Faktor, ohne den die ökonomische und militärische Stärke nicht errungen werden kann. Wenn und nur wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann man eine neue Weltordnung vorsehen, die universellen humanistischen Werten entspricht. Bis dahin bleibt die Weltordnung die Ordnung (die Unordnung) des Imperialismus, die sich auf die Ungleichheit der Völker gründet.

* Auszug aus dem im Herbst 1992 erschienenen Buch von S. Amin: Das Reich des Chaos. Der Vormarsch der Ersten Welt, (157 S., DM 24.80). VSA-Verlag, Hamburg. Französische Originalausgabe: L'Empire du chaos. La nouvelle mondialisation capitaliste. L'Harmattan, Paris 1991. Übersetzung von J. Wilke; das Kapitel 4 'Die demokratische Herausforderung' wurde hier leicht gekürzt und redaktionell bearbeitet. Wir danken dem Verlag für den Nachdruck.

Anmerkungen

1) Immanuel Wallerstein in: Amin/Arrighis/Frank/Wallerstein: Le grand tumulte. La Découverte, Paris 1991.
2) Samir Amin: L'Eurocentrisme. Critique d'une idéologie. Anthropos Paris 1988. Siehe auch der Teilabdruck in Prokla 75, S. Amin: Ansätze zu einer nicht-eurozentrischen Kulturtheorie. Berlin 1989.
3) Richard Sandbrook: The politics of Africa's stagnation. Toronto 1987.
4) A. El Man/H. Ranke: La civilisation égyptienne. S. 20. ff. Das Musterbild der fortgeschrittenen tributären Gesellschaft, das kaiserliche China, hatte die unpersönliche Bürokratie des Mandarinats bis zum Äussersten entwickelt. Im pharaonischen Ägypten schrieb Pharao Thutmosis III. aus der XVIII. Dynastie an seinen Wesir Rekheret: "Was er (der Wesir) zu tun hat, ist, sich an das Gesetz zu halten."
5) Samir Amin: Classe et nation dans l'histoire et la crise économique contemporaine. Kap. 3, Minuit Paris 1979.
6) Ntalaja Nzongola: Revolution and counter revolution in Africa, Zed 1988.
7) Gerade die sehr speziellen Bedingungen der französischen Revolution erklären also ihre Vorstösse über die blosse Anpassung der Produktionsverhältnisse an die Erfordernisse der kapitalistischen Entwicklung hinaus: ihre säkularisierte Legitimität, ihre universalistischen Auffassungen, die verkündete Abschaffung der Sklaverei - Vorstösse, die das Fenster zu

einer noch fernen Zukunft öffnen. Ohne die französische Revolution sind weder der utopische Sozialismus noch Marx vorstellbar.
Die "jakobinische Demokratie" ist tatsächlich die Demokratie, die die Volksklassen der heutigen Dritten Welt - wenn auch noch unklar - anstreben. Sie unterscheidet sich von der liberalen bürgerlichen Demokratie, die die Dimension der notwendigen sozialen Reformen ausser acht lässt, wie auch von den oben erwähnten "populistischen Mobilisierungen", deren Erneuerungspotential sich wegen der Missachtung der Demokratie erschöpft hat.

8) Ich beziehe mich hier auf die Schriften des Inders Rajni Kothari.

9) Pablo Gonzales Casanova: El Estado y la politica en America Latina. UNUTWF 1988, verf. Manuskripte.

10) Siehe Literaturhinweise in: Das Reich des Chaos. Hamburg 1992, S. 156 ff.

Hans Schäppi / Walter Schöni

Wirtschaftsdemokratie und Industriepolitik

Fragen der Demokratie in der Gewerkschaftspolitik

Die Einsicht, dass eine sozial gerechte Gesellschaft die Selbst- und Mitbestimmung aller Gesellschaftsmitglieder zur Voraussetzung hat, dass also Sozialismus und wirkliche Demokratie untrennbar verbunden sind, gehört zum Traditionsbestand der Arbeiter/-innenbewegung. Rätedemokratie und Anarchosyndikalismus haben zu Beginn dieses Jahrhunderts die Selbstbestimmung der Basis gegenüber der bloss repräsentativen bürgerlichen Demokratie verteidigt. Im Kampf um die sozialen Rechte der lohnabhängigen Bevölkerung musste sich diese Selbstbestimmung einer taktisch bedingten Organisationsdisziplin unterordnen. Und nach dem 2. Weltkrieg, mit der Integration in die kapitalistische Wachstumsgesellschaft, wurde Organisationsdisziplin zu einem Pfeiler der kollektiven Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften. Vertragspolitik ist seither das wichtigste Instrument zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital.

Mit der Politisierung von 1968 sind Forderungen nach Basisdemokratie erneut zum Bestandteil fortschrittlicher Politik geworden. Sie richteten sich auch gegen Bürokratie und Hierarchie innerhalb der linken Parteien und Gewerkschaften. Ausgehend von umfassenden Demokratisierungskonzepten wurden die kapitalistische Verfügungsmacht und imperialistische Gewalt kritisiert, ebenso die autoritäre Erstarrung der sozialistischen Staaten Osteuropas und der UdSSR. Wichtige Impulse gingen von den osteuropäischen Reformbewegungen aus, insbesondere die Vorstellungen über einen Dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Sozialismus. Darüber hinaus begann die Frauenbewegung gegen patriarchale Vorherrschaft in allen Lebensbereichen und politischen Lagern zu kämpfen.

Heute, nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems und angesichts der aggressiven neoliberalen Marktdoktrin, ist die Diskus-